



Liebe Leserin, lieber Leser,

früher hieß es, in der „staden Zeit“ solle man sich abends und nachts nicht rumtreiben. Besonders gefährlich sei es zwischen Weihnachten und Dreikönig. Dann gehe die „Wilde Jagd“ um, eine Geister- und Dämonentruppe. Mit der heutigen Zeit hat dies nicht viel gemein - oder vielleicht doch? Das kam mir in den Sinn, als ich die aktuellen Beschlüsse der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsident*innen las. Wir sind in der staden Zeit und auch heute ist es ratsam, zuhause zu bleiben. Ursprung der Sage von der „Wilden Jagd“ waren vermutlich die im Winter besonders heftigen Föhn-Winde im Alpenraum. Heute sind es Viren - auch sie unsichtbar und lebensbedrohend.

Wir hatten einen schönen Sommer, in dem es viele Freiheiten gab. Manche sagen, zu viele. Jetzt befinden wir uns erneut im Lockdown - auch wenn der immer noch nicht vergleichbar mit dem in manch anderen Ländern ist. Aber wir haben keine andere Wahl. Die Kliniken sind voll, täglich sterben hunderte Menschen an oder mit Corona.

Wer jetzt wirklich ans Limit gehen muss oder darüber hinaus, das sind die Kranken- und Altenpfleger*innen, Ärztinnen und Ärzte und die Menschen in sozialen Berufen. Ihnen gilt unser allergrößter Dank und die ganze Solidarität. Klatschen alleine hilft ihnen aber nicht. Sie brauchen mehr Kolleg*innen, anständige Löhne und gute Tarifverträge.

Trotz allem wünsche ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für Sie und Ihre Lieben im neuen Jahr. Bleiben Sie zuhause und bleiben Sie gesund!

Ihr *Bernd Rützel*



S. 3: Klartext

Wage zu träumen!



S. 3: Fleisch-Industrie

Schluss mit der Ausbeutung!



Telefon-Sprechstunde

Nächster Termin: Do, 07.01.2021

Tel.: 09351 6036563

Wahlkreisbüro Gemünden: Obortorstr. 13, 97737 Gemünden | Tel. 09351 6036563, Fax 09351 6058298 | bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin | Tel. 030 227 73434, Fax 030 227 76433 | bernd.ruetzel@bundestag.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB | Obortorstr. 13, 97737 Gemünden | www.bernd-ruetzel.de

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

1 | 2021

Foto: Henning Schacht

KLARTEXT

WAGE ZU TRÄUMEN

„Wage zu träumen“ heißt das neue Buch von Papst Franziskus. Er beschreibt darin, wie man mit Zuversicht aus der Krise kommt. Mich hat dieses Buch derart berührt, dass ich es mit Ihnen teilen möchte.

Ich habe schon öfters geschrieben und auch gesagt, dass das Jahr 2020 uns viel abverlangt hat und auch die nächsten Wochen und Monate nicht „normal“ sein werden. Ich habe von Solidarität und Zusammenhalt geschrieben und zum Glück sieht der überaus große Teil der Bevölkerung das auch so. Corona hat einige unsichtbare Viren offen gelegt, vor denen wir uns auch schützen müssen. Es sind die verborgenen Seuchen dieser Welt. Hunger, Gewalt und Klimawandel.

Wenn wir hier in Deutschland weniger egoistisch aus dieser Krise herauskommen wollen, als wir hineingegangen sind, dann müssen wir uns von dem Leiden anderer berühren lassen. Der Papst zitiert in seinem Buch Hölderlin. In dessen Gedicht „Patmos“ wird beschreiben, dass es immer einen Ausweg gibt.

In jeder Krise liegt auch eine Chance. Jetzt ist der Augenblick, große Träume zu träumen, Prioritäten zu überdenken, zu fragen, was wir wertschätzen, wollen und anstreben. Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, das allen Zugang zu den grundlegenden Bedürfnissen des Lebens eröffnet: zu Land, zu Arbeit und zu Wohnraum. Arme, Ausgeschlossene und Schwache müssen integriert und nicht ausgeschlossen werden. Das ist eine größere Aufgabe für uns, als die Bewältigung des Corona-Virus.

Es zeigt sich, dass der Individualismus niemals das Organisationsprinzip der Gesellschaft sein kann.

Dieses große Leitbild wird unsere Gesellschaft für die Zukunft mehr fit machen, als alle Industrie 4.0 und Digitalisierung zusammen. Dazu gehört, einen Lohn zu haben, von dem man leben kann, Zugang zu Bildung und Informationen zu bekommen, sich eine Wohnung leisten zu können und Menschenrechte weltweit zu achten, mit sich selber und der Umwelt im Reinen zu sein. Das ist ein so großer Traum, der wahr werden kann. Ob das gelingt, liegt an jedem von uns. All' diejenigen, die sich über die Maskenpflicht, den Virus, die Politik oder die Demokratie beschweren, frage ich: In welchem Land möchten Sie leben? Ich denke, dass wir dankbar sein können, in Deutschland zu leben. Wir jammern auf sehr hohem Niveau.

Der Papst ist mutig. Er mischt sich ein. Das hätte ich mir von manchem Kirchenvertreter die letzten Monate auch gewünscht.



P.S. Falls Sie noch kein Weihnachtsgeschenk haben. Mit dem neuen Buch „Wage zu träumen“ von Papst Franziskus machen Sie nichts falsch.

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

1 | 2021

Foto: Henning Schacht

WIR BEENDEN DIE AUSBEUTUNG IN DER FLEISCHINDUSTRIE

In den letzten Wochen habe ich für die SPD-Fraktion sehr intensiv mit den Kolleg*innen in CDU und CSU verhandelt. Zahlreiche Änderungsvorschläge der Union, die das Arbeitsschutzkontrollgesetz aufgeweicht und somit teilweise wirkungslos gemacht hätten, konnten verhindert werden. Standhaftigkeit zahlt sich aus. Das Arbeitsschutzkontrollgesetz steht und damit neue Verbote für Werkverträge und Leiharbeit in der Fleischindustrie. So wird ein Geschäftsmodell beendet, das durch Corona noch einmal seine übelsten Seiten offenbart hat. Das Gesetz wird noch im Dezember in 2. und 3. Lesung im Bundestag beraten.

Wir greifen entschlossen in den Fleischfabriken durch. Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen werden Realität für alle Beschäftigten der Branche. Die Verantwortung für die Arbeitnehmer*innen und die Zustände in den Fabriken liegt nun eindeutig bei den Inhaber*innen der Fleischfabriken. Sie können sich nicht mehr hinter Sub-Sub-Sub-Unternehmen verstecken. Und mit deutlich strengeren Kontrollen sorgen wir für die Einhaltung der Vorschriften.

Werkverträge und Leiharbeit werden im Kernbereich der Fleischindustrie verboten. In der Fleischverarbeitung können per Tarifvertrag in engen Grenzen und auf drei Jahre befristet Vereinbarungen getroffen werden. Das stärkt die Tarifbindung in einer Branche mit wenigen Tarifverträgen und baut deshalb die Rechte der Arbeitnehmer*innen aus.

Das Gesetz wird mit einheitlichen Kontrollstandards und höheren Bußgeldern für verlässlichen Arbeitsschutz sorgen. Die Bundesländer stehen hier in der Verantwortung, haben aber seit 2007 immer mehr Kontrollpersonal abgebaut. Auch das wird sich ändern.

In der Fleischindustrie wird die elektronische und manipulationssichere Aufzeichnung der Arbeitszeit zur



Pflicht gemacht Und wir stellen klar, dass auch erforderliche Rüst-, Umkleide- und Waschzeiten zur Arbeitszeit gehören und bezahlt werden müssen. Nicht zuletzt wird die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften verbessert.

Den Metzger um die Ecke betrifft unser Gesetz nicht. Handwerksbetriebe sind explizit von den strengeren Vorschriften ausgenommen. Denn sie waren in der Vergangenheit nie das Problem.

Mehr Details und ausführlichere Informationen gibt es hierzu auf meiner Homepage. Einfach oben auf das Bild klicken!



**FOLGE MIR
AUF INSTAGRAM**

Wer kennt schon meinen Kanal auf Instagram? Hier gibt es vor allem interessante politische Diskussionsrunden live und interaktiv. Reinklicken lohnt sich!

www.instagram.com/bernd_ruetzel

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

1 | 2021

Foto: Henning Schacht



DIGITALES LOHNDUMPING BEENDEN!

Gemeinsam mit unserem Bundesarbeitsminister Hubertus Heil will und wird die SPD wieder mehr Ordnung in den Arbeitsmarkt bringen. Nach dem endlich durchgesetzten Verbot von Werkverträgen und Leiharbeitskräften in der Fleischbranche ab 2021 geht es für uns als nächstes darum, digitales Lohndumping zu beenden.

Essenslieferungen, Reinigungskräfte oder Fahrdienste - die meisten Dienstleistungen kann man heute ganz bequem per App buchen. An sich eine feine Sache, wäre da nicht die Kehrseite: Dumpinglöhne, Scheinselbstständigkeit und fehlende soziale Absicherung. Hubertus Heil hat deshalb ein Eckpunktepapier vorgelegt, mit dem die Anbieter solcher Plattformen in die Verantwortung genommen und die Rechte der Beschäftigten gestärkt werden.

Auch hier bleiben wir dran. Das wird nach den erfolgreichen Verhandlungen zur Fleischindustrie das nächste dicke Brett, das wir gegen die Widerstände aus CDU und CSU durchbohren müssen.

KINDER- UND JUGENDHILFE KÜNFTIG AUS EINER HAND

Ein neues Kinder- und Jugendstärkungsgesetz ist auf dem Weg. Vor allem die Vorschläge für besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen und mehr Beteiligung und Hilfen aus einer Hand begrüße ich sehr.

Damit machen wir die Kinder- und Jugendhilfe besser: inklusiv, partnerschaftlich und auf Augenhöhe mit den Eltern, Kindern und Jugendlichen.

Benachteiligte Kinder und Jugendliche und ihre Familien werden in Zukunft von einer besseren Kooperation der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Gesundheitswesen, den Familiengerichten und anderen wichtigen Akteuren profitieren. Die Rechte von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern werden unter anderen durch erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt. Wir werden unabhängige Ombudsstellen einrichten, die bei Konflikten beraten, unterstützen und vermitteln. Für alle Kinder und Jugendliche - ob mit oder ohne Behinderung - und ihre Familien soll die Kinder- und Jugendhilfe künftig die zuständige Anlaufstelle sein. Dafür stellen wir bereits jetzt die Weichen.

Mehr hierzu gibt es auf der Seite des zuständigen Ministeriums. Klick auf den Screenshot genügt:

02.12.2020 | Pressemitteilung

Giffey: Mehr Teilhabe und Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen

Seite teilen Seite drucken Vorlesen

Bundeskabinett beschließt mit Entwurf eines neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes SGB VIII-Reform

Das Bundeskabinett hat heute den Gesetzentwurf für ein neues KINDER-UND JUGENDSTÄRKUNGSGESETZ beschlossen. Damit wird das Sozialgesetzbuch VIII, das Kinder- und Jugendhilfegesetz, reformiert. Ziel des Gesetzes ist, die Teilhabe und Chancengerechtigkeit von jungen Menschen zu stärken, die einen besonderen Unterstützungsbedarf haben. Zu diesen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland gehören:

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

1 | 2021

Foto: Henning Schacht

BUNDESHAUSHALT 2021: SPD-HANDSCHRIFT SORGT FÜR ENTLASTUNGEN UND HILFEN

Letzte Woche haben wir im Deutschen Bundestag den Haushalt 2021 diskutiert und beschlossen. Nicht nur in der Generaldebatte zum Haushalt des Bundeskanzleramtes ging es vor allem um die zwei großen Themen Corona und Klima. Auch in den Debatten zu den Etats der einzelnen Ministerien zogen sich diese Kernthemen wie ein roter Faden durch die Reden der Abgeordneten.

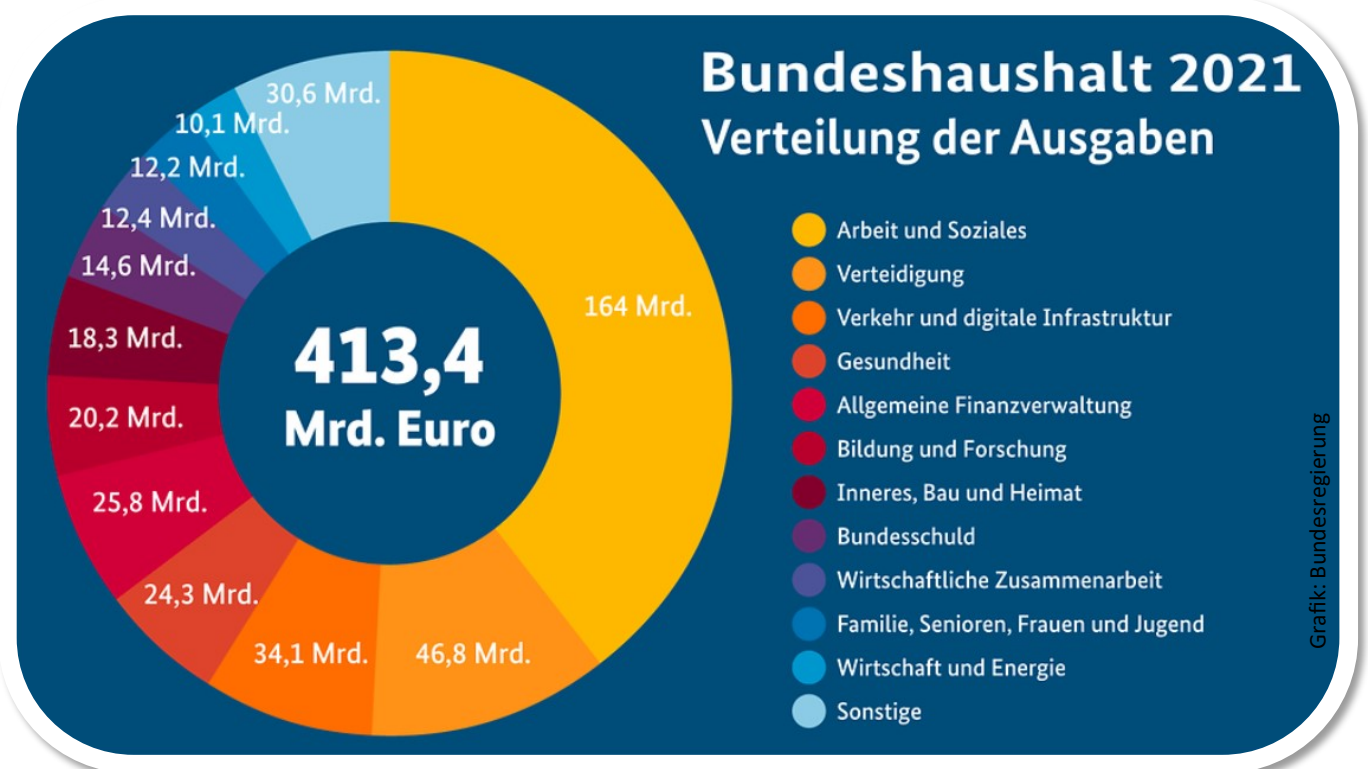
Dabei geraten andere Themen in den Hintergrund, obwohl sie nicht weniger wichtig für die/den Einzelnen sind: Denn der Haushalt 2021 bringt auch Entlastungen für Steuerzahler*innen und Steuerzahler, Unternehmen und Vereine. Das regelt das Jahressteuergesetz.

>> Es wird eine **Homeoffice-Pauschale** in Höhe von bis zu 600 Euro eingeführt.

>> Ein weiterer Schwerpunkt sind die **Neuerungen für ehrenamtlich Tätige und ihre Vereine**: Die Übungsleiter- und die Ehrenamtszuschale werden auf 3.000 Euro beziehungsweise 840 Euro erhöht, die Arbeit der gemeinnützigen Vereine wird vereinfacht und das Spektrum der anerkannten gemeinnützigen Zwecksetzungen wird u.a. um Klimaschutz und Freifunk erweitert.

>> Und wir verlängern die **Zahlungsfrist für Corona-Sonderzahlungen**. Die Steuerbefreiung gilt bis 31.12.2020. Um die Steuerfreiheit von nicht bis dahin ausgezahlten Corona-Sonderzahlungen zu erhalten - wir wissen, vor welche Herausforderungen das die Betriebe und Einrichtungen stellt -, wird die Zahlungsfrist bis zum 30. Juni 2021 verlängert.

>> Die bisher bis Ende 2021 vorgesehene Befristung der Anhebung des **Entlastungsbetrages für Alleinerziehende** auf 4.008 Euro wird aufgehoben. Der höhere Entlastungsbetrag wird also dauerhaft gewährt.



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

1 | 2021

Foto: Henning Schacht

>> Vor allem aber schaffen wir die strafrechtliche Möglichkeit, auch **verjährte Steueransprüche** etwa aus den kriminellen Cum-Ex-Geschäften rückwirkend einzuziehen. Damit stellen wir sicher, dass kein Steuerhinterzieher seine Beute behalten kann. Das ist uns als SPD-Fraktion besonders wichtig gewesen. Union und FDP traditionell eher weniger.

>> **Corona-Wirtschaftshilfen:** Wir lassen Unternehmen und ihre Beschäftigten nicht allein, wenn sie besonders stark von den Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung betroffen sind. Deshalb wurden die Mittel für die außerordentliche Wirtschaftshilfe (November- und Dezemberhilfe) und die Überbrückungshilfe III ab Januar 2021 weiter aufgestockt. Im Bundeshaushalt stehen dafür nun 39,5 Milliarden Euro bereit. Dabei geht es nicht nur um eine schlichte Verlängerung der Unterstützung des Bundes bis Ende Juni 2021, sondern zugleich um eine deutliche Ausweitung und Verbesserung dieser direkt wirkenden Hilfen für Unternehmen und Selbständige, beispielsweise mit der Neustarthilfe für Soloselbständige. Dies ist ein wichtiges Signal an alle Betroffenen.

>> **Strukturschwache Regionen:** Wir nehmen zudem Geld in die Hand für die strukturschwachen Regionen

unseres Landes. So wird der Ansatz für das zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) um 74 Millionen Euro auf 620 Millionen Euro erhöht und festgelegt, dass künftig 55 Prozent der Mittel in strukturschwache Regionen fließen. Damit liegt die Förderintensität hier rund 90 Prozent über der Förderintensität anderer Regionen. Bei einem weiteren wichtigen Förderprogramm des gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen, dem Investitionszuschussprogramm Digitaler Mittelstand („Digital Jetzt“), stehen im nächsten Jahr zusätzlich 71 Millionen Euro und damit insgesamt 128 Millionen Euro zur Verfügung. Darüber hinaus wurde der Bundeswettbewerb „Zukunft Region“ mit zunächst rund 4,4 Millionen Euro im Haushalt verankert. Wir setzen so gezielte Impulse zur stärkeren Förderung strukturschwacher Regionen und stellen sicher, dass ein überproportionaler Anteil von Fördermitteln tatsächlich dort ankommt.

Trotz Corona wird kräftig investiert

Mit dem Bundeshaushalt 2021 werden Rekordinvestitionen von 61,9 Milliarden Euro in die Zukunft unseres Landes gesteckt. Darauf legen wir Sozialdemokrat*innen großen Wert!

**Wir nehmen #geldindiehand,
um unser Land durch die
Wirtschaftskrise zu steuern.**



Grafik: shutterstock.com/Alexander_P

**Wir nehmen #geldindiehand,
um Zusammenhalt und
Arbeitsplätze zu sichern.**



Grafik: shutterstock.com/Ornpangest

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

1 | 2021



Mit diesem Haushalt nehmen wir Geld in die Hand, um unser Land mit Entschlossenheit und aller Kraft durch die Corona-Krise zu führen. Uns Sozialdemokrat*innen ist es dabei gelungen, auch in diesen Zeiten die wichtigsten Sicherheiten für unsere Bürgerinnen und Bürger zu garantieren:

Soziale Sicherheit: Mit der nun ausfinanzierten Grundrente und der Sozialgarantie sorgen wir dafür, dass unser Land nicht auseinanderdriftet. Über das Kurzarbeitergeld und die Überbrückungshilfen tragen wir entscheidend zur wirtschaftlichen Sicherheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Unternehmen, Mittelstand, Kultur und Soloselbstständigen in stürmischen Zeiten bei.

Gesundheitliche Sicherheit: Wir investieren in eine bestmögliche ärztliche Versorgung vor Ort und im kommenden Jahr auch in eine schnelle Versorgung mit einem Der größte Ausgabenposten im Haushalt fällt in den Bereich Arbeit und Soziales. Und somit in mein politisches Aufgabenfeld. Auf Facebook erläutere ich hierzu einige wichtige Punkte. Einfach das Foto anklicken, dann geht's zum Video.



Impfstoff gegen Corona, um die Pandemie schnell zu besiegen. Mehr hierzu in dem anschließenden, gesonderten Beitrag.

Innere und äußere Sicherheit: Wir garantieren innere und äußere Sicherheit. Es gibt keine Kürzungen bei der Polizei oder der Bundeswehr. Im Gegenteil, wir investieren in eine optimale Ausstattung für diejenigen, die unser Land innen und außen sichern.

Das ist das klare Signal dieses Haushalts mit sozialdemokratischer Handschrift: **Wir kommen gemeinsam durch die Krise und lassen keinen zurück.** Dieses politische Versprechen wird durch den Bundeshaushalt 2021 eingelöst.

GESUNDHEITSHAUSHALT IM ZEICHEN DER PANDEMIEBEKÄMPFUNG

Mit dem Bundeshaushalt 2021 stellen wir zusätzlich 11 Milliarden Euro zur Verfügung, um die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger in dieser schweren Zeit zu schützen:

Der Haushalt des Gesundheitsministeriums wird im Jahr 2021 voll im Zeichen der Pandemiebewältigung stehen. Hierzu nehmen wir sehr viel Geld in Hand. Dabei stehen drei Ziele im Vordergrund: Wir tun alles Erforderliche,

- >> um die COVID-19-Pandemie zu besiegen,
- >> unser Gesundheitssystem zu stärken
- >> und Beitragssteigerungen der gesetzlichen Krankenkassen zu begrenzen.

Für den Kauf von Impfstoffen gegen COVID-19 sind rund 2,7 Milliarden Euro vorgesehen. Für die neuen Freihaltepauschalen in den Krankenhäusern stellt der Bund zwei Milliarden Euro bereit und der Aufbau der Nationalen Reserve Gesundheitsschutz ist mit 750 Millionen Euro veranschlagt.

Der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds steigt im Jahr 2021 von 14,5 Milliarden auf über 22 Milliarden Euro. Im Rahmen der Haushaltsberatungen sind zu der geplanten Erhöhung des Bundeszuschusses an die Kran-

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

1 | 2021

Foto: Henning Schacht

Wir nehmen #geldindiehand, um das Gesundheitssystem zu stärken und das Land aus der Corona-Krise zu führen.



kenkassen in Höhe von 5 Milliarden Euro noch weitere 2,65 Milliarden Euro zur Finanzierung von FFP2-Masken für Risikogruppen (2,5 Milliarden Euro) und für die Verlängerung des Reha-Rettungsschirmes (150 Millionen Euro) hinzugekommen.

Insgesamt erreicht der Haushalt des Gesundheitsministeriums somit über 35 Milliarden Euro.

#50JahreKniefall

Manchmal ist es eine Geste, die den Lauf der Dinge ändert. Der Kniefall von Willy Brandt in Warschau war so eine Geste: Er war die Bitte um Vergebung für die Verbrechen der Nazis, das Versprechen niemals zu vergessen und ein starkes Signal für Versöhnung und Dialog zwischen West und Ost, mitten im Kalten Krieg. Vor 50 Jahren ging dieses Bild um die Welt – und schrieb Geschichte. Ich habe dieses Bild immer vor Augen, wenn ich in meinem Gemündener Wahlkreisbüro am Schreibtisch sitze.

Die Deutsche Einheit wäre ohne die Ostpolitik Brandts nie so schnell gekommen. Das und so vieles mehr

kommt mir beim Betrachten dieses Bildes in den Sinn.

Mit Klick auf das Foto öffnet sich die Seite der SPD, auf



der unsere Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans und unser Kanzlerkandidat Olaf Scholz an diese große Geste eines großen Sozialdemokraten erinnern. Meine Facebook-Videobotschaft direkt aus dem Wahlkreisbüro gibt es [hier](#).

DEUTSCH-KANADISCHE PARLAMENTERGRUPPE

Am 11. Dezember jährte sich die Gründung der deutsch-kanadischen Parlamentariergruppe zum 50. Mal. Am 09.12.1970 riefen Abgeordnete sie als „Kontaktgruppe“ ins Leben. Als Vorsitzender der Gruppe habe ich darüber mit der Redaktion von bundestag.de gesprochen. Das Ergebnis gibt es hier mit einem Klick auf das Foto:

Bernd Rützel: Ohne Attitüden – 50 Jahre Parlamentskontakte mit Kanada



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

1 | 2021

Foto: Henning Schacht

2020: POLITIK DIGITAL

Die Corona-Pandemie hat auch die politische Arbeit völlig umgekrempelt. Was sonst noch Jahre gebraucht hätte, haben wir im Eiltempo lernen müssen: dass Politik auch ohne den direkten Kontakt zu den Bürger*innen funktionieren muss. Veranstaltungen wandern nun vom Gasthaus-Saal ins Internet.

Ein Vorteil: Ich bekomme Gesprächspartner*innen, die sonst eher selten den Weg zu mir gefunden hätten.

Meine Hauptarbeitsthemen der letzten Zeit (Grundrente, Ausbeutung in der Fleischindustrie und Lieferkettengesetz) verschafften mir einige Einladungen für Online-Formate meiner Kolleg*innen.

Hier als Rückschau auf das digitale Jahr 2020 eine Auswahl dieser Veranstaltungen:

Di, 02.06.20, 18-19 Uhr

Diskutieren Sie live auf Facebook mit

MdB Dr. Jens Zimmermann
Odenwaldkreis
Digitalpolitischer Sprecher der SPD-Bundtagsfraktion

MdB Bernd Rützel
Main-Spessart/Miltenberg
Ausschuss für Arbeit & Soziales

RECHT AUF HOMEOFFICE!

SPD BUNDETAGSFRAKTION

Lieferkettengesetz. Jetzt.

Instagram-Diskussion mit

Dr. Bärbel Kofler, MdB
Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages

Bernd Rützel, MdB
Arbeitsrechtspolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Bundtagsabgeordneten
Mitglied im Ausschuss für Arbeit & Soziales des Deutschen Bundestages

... denn ohne gesetzlichen Rahmen keine menschenwürdigen Arbeitsbedingungen. Weltweit.

Dienstag, 13.10., 16-17 Uhr: Live-Diskussion auf Instagram mit den SPD-Bundtagsabgeordneten Dr. Bärbel Kofler und Bernd Rützel

USA-Wahl

Sigmar Gabriel **Bernd Rützel**

Mo, 02.11., 17-18 Uhr
Live-Diskussion auf Facebook

SPD

Erinnerungskultur

Marianne Schieder **Bernd Rützel**

Mo, 09.11., 18:30 Uhr
Live-Diskussion auf Instagram mit den SPD-Bundtagsabgeordneten Marianne Schieder und Bernd Rützel

SPD

Wozu Grundrente?

Bela Bach **Bernd Rützel**
MdB

Live-Diskussion auf

Stadt. Land. Bach.

Innere Sicherheit

Uli Grötsch **Bernd Rützel**

Mo, 30.11., 17 Uhr
Live-Diskussion auf Instagram mit den SPD-Bundtagsabgeordneten Uli Grötsch und Bernd Rützel

SPD

Fleischindustrie: Ausbeutung beendet

Claudia Tausend **Bernd Rützel** **Florian Post**

Mi, 02.12., 17:30-18:30 Uhr
Live-Diskussion auf Facebook mit den SPD-Bundtagsabgeordneten Claudia Tausend, Florian Post und Bernd Rützel

SPD

Wassermangel, Hitzestau — was nun?

Florian Pronold **Bernd Rützel**

Die, 08.12., 16:30 Uhr
Live-Diskussion auf Instagram mit Umweltstaatssekretär Florian Pronold und dem SPD-Bundtagsabgeordneten Bernd Rützel

SPD

Mehr Geld für unsere Tierheime

Thomas Schröder **Bernd Rützel** **Carsten Träger**

Mo, 21.12., 17 Uhr
webex-Online-Diskussion mit dem Präsidenten des Deutschen Tierschutzbundes

SPD

Fleischindustrie: Ausbeutung beendet

Elvan Korkmaz **Bernd Rützel**

Di, 22.12., 18:00 Uhr
Live-Diskussion auf Instagram mit der SPD-Bundtagsabgeordneten Elvan Korkmaz und dem SPD-Bundtagsabgeordneten Bernd Rützel

SPD

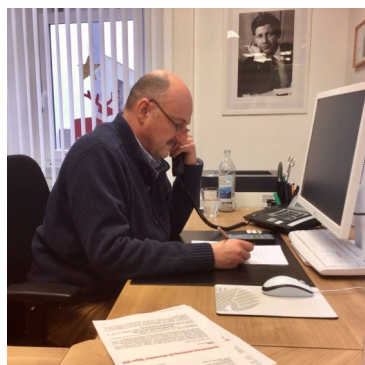
NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

1 | 2021

Foto: Henning Schacht

MEIN 2021



Wo ist eigentlich der Abgeordnete das ganze Jahr über? Ca. 20 Wochen im Jahr bin ich in Berlin. Immer dann, wenn dort der Deutsche Bundestag und seine Gremien tagen. In der übrigen Zeit bin ich

im Wahlkreis unterwegs zu Gesprächen, Sprechstunden, Ortsbegehungen und vielen anderen Terminen.

Wann ich 2021 in Berlin bin, sieht man hier auf dem Sitzungskalender. Und weil am 26. September 2021 neu gewählt wird, sind die Sitzungswochen (rot) auch nur

bis September festgelegt. Grün sind die Sitzungen des Bundesrates, blau die des Europaparlaments.

TELEFONSPRECHSTUNDEN: FÜR SIE DA AUCH IN CORONA-ZEITEN

Bei meiner letzten Telefon-Sprechstunde im Jahr 2020 am Montag, den 14.12., habe ich wieder zahlreiche Anrufe in meinem Wahlkreisbüro in Gemünden entgegengenommen. Vielen Dank an dieser Stelle auch für die positiven Rückmeldungen auf meine corona-konforme Sprechstunde. Gerne nehme ich Ihre Anliegen und Fragen auf und kümmere mich darum. Die nächste Telefon-Sprechstunde (ohne Anmeldung, einfach anrufen: 09351 6036563): **Do, 07.01.2021, 11-12 Uhr**

2021 Parlamentstermine											
Stand: Juni 2020											
Deutscher Bundestag											
Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 Fr Neujahr	1 Mo 5	1 Mo 9	1 Do	1 Sa Tag der Arbeit	1 Di	1 Do	1 So	1 Mi	1 Fr	1 Mo Allerheiligen 44	1 Mi
2 Sa	2 Di	2 Di	2 Fr Karfreitag	2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo 31	2 Do	2 Sa	2 Di	2 Do
3 So	3 Mi	3 Mi	3 Sa	3 Mo 18	3 Do Fronleichnam	3 Sa	3 Di	3 Fr	3 So Tag der Dt. Einheit	3 Mi	3 Fr
4 Mo 1	4 Do	4 Do	4 So Ostermontag	4 Di	4 Fr	4 So	4 Mi	4 Sa	4 Mo 40	4 Do	4 Sa
5 Di	5 Fr	5 Fr	5 Mo Ostermontag 14	5 Mi	5 Sa	5 Mo 27	5 Do	5 So	5 Di	5 Fr	5 So 2. Advent
6 Mi Heilige Drei Könige	6 Sa	6 Sa	6 Di	6 Do	6 So	6 Di	6 Fr	6 Mo 36	6 Mi	6 Sa	6 Mo 49
7 Do	7 So	7 So	7 Mi	7 Fr	7 Mo 23	7 Mi	7 Sa	7 Di	7 Do	7 So	7 Di
8 Fr	8 Mo 6	8 Mo	8 Do	8 Sa Muttertag	8 Di	8 Do	8 So	8 Mi	8 Fr	8 Mo 45	8 Mi
9 Sa	9 Di	9 Di	9 Fr	9 Mo 19	9 Mi	9 Fr	9 Mo 32	9 Do	9 Sa	9 Di	9 Do
10 So	10 Mi	10 Mi	10 Sa	10 Mo 19	10 Do	10 Sa	10 Di	10 Fr	10 So	10 Mi	10 Fr
11 Mo 2	11 Do	11 Do	11 So	11 Di	11 Fr	11 So	11 Mi	11 Sa	11 Mo 41	11 Do	11 Sa
12 Di	12 Fr	12 Fr	12 Mo 15	12 Mi	12 Sa	12 Mo 28	12 Do	12 So	12 Di	12 Fr	12 So 3. Advent
13 Mi	13 Sa	13 Sa	13 Di	13 Do Christi Himmelfahrt	13 So	13 Di	13 Fr	13 Mo 37	13 Mi	13 Sa	13 Mo 50
14 Do	14 So	14 So	14 Fr	14 Mo	14 Do 24	14 Mi	14 Sa	14 Di	14 Do	14 So Volkstrauertag	14 Di
15 Fr	15 Mo 7	15 Mo	15 Do	15 Sa	15 Di	15 Do	15 So Mariä Himmelfahrt	15 Mi	15 Fr	15 Mo 46	15 Mi
16 Sa	16 Di	16 Di	16 Fr	16 So	16 Mi	16 Fr	16 Mo 33	16 Do	16 Sa	16 Di	16 Do
17 So	17 Mi	17 Mi	17 Sa	17 Mo 20	17 Do	17 Sa	17 Di	17 Fr	17 So	17 Mi	17 Fr
18 Mo 3	18 Do	18 Do	18 So	18 Di	18 Fr	18 So	18 Mi	18 Sa	18 Mo 42	18 Do	18 Sa
19 Di	19 Fr	19 Fr	19 Mo 16	19 Mi	19 Sa	19 Mo 29	19 Do	19 So	19 Di	19 Fr	19 So 4. Advent
20 Mi	20 So	20 So	20 Di	20 Do	20 So	20 Di	20 Fr	20 Mo 38	20 Mi	20 Sa	20 Mo 51
21 Do	21 Mo	21 Mo	21 Mi	21 Fr	21 Mo 25	21 Mi	21 Sa	21 Di	21 Do	21 So Totensonntag	21 Di
22 Fr	22 Di	22 Di	22 Do	22 Sa	22 Di	22 Do	22 So	22 Mi Herbstferien	22 Fr	22 Mo 47	22 Mi
23 Sa	23 Mi	23 Mi	23 Fr	23 So	23 Mi	23 Fr	23 Mo 34	23 Do	23 Sa	23 Di	23 Do
24 So	24 Do	24 Do	24 Sa	24 Mo	24 Mi	24 Sa	24 Di	24 Fr	24 So	24 Mi	24 Fr
25 Mo 4	25 Do	25 Do	25 So	25 Di	25 Fr	25 So	25 Mi	25 Sa	25 Mo 43	25 Do	25 Sa 1. Weihnachtsfest
26 Di	26 Fr	26 Fr	26 Mo 17	26 Mi	26 Sa	26 Mo 30	26 Do	26 So	26 Di	26 Fr	26 So 2. Weihnachtsfest
27 Mi	27 Sa	27 Sa	27 Di	27 Do	27 So	27 Di	27 Fr	27 Mo 39	27 Mi	27 Sa	27 Mo 52
28 Do	28 So	28 So	28 Mi	28 Fr	28 Mo 26	28 Mi	28 Sa	28 Di	28 Do	28 So 1. Advent	28 Di
29 Fr		29 Mo 13	29 Do	29 Sa	29 Di	29 Do	29 So	29 Mi	29 Fr	29 Mo 48	29 Mi
30 Sa		30 Di	30 Fr	30 So	30 Mi	30 Fr	30 Mo 35	30 Do	30 Sa	30 Di	30 Do
31 So		31 Mi		31 Mo 22		31 Sa	31 Di		31 So Reformationstag Ende Sommer		31 Fr Silvester

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

1 | 2021

Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Sprecherin für Tourismus-, Forst- und
Medienpolitik der SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

nach einem katastrophalen Jahr sollten wir alle hoffen, dass das nächste ein besseres wird. Doch das Virus hat auf der ganzen Welt tiefe Spuren hinterlassen: Bislang wurden weit über 1,5 Millionen Opfer gezählt, viele leiden noch lange Zeit unter den Folgen der Erkrankung. Dazu kommen die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen. Homeoffice und Homeschooling stellen Familien auf eine harte Probe, während gerade Ältere und Kranke unter Einsamkeit leiden.

Blicken wir allein auf den bayerischen Tourismus: Die Branche war optimistisch und mit Rekordzahlen ins Jahr 2020 gestartet – und brach dann zeitweise komplett zusammen. Die Übernachtungsbetriebe meldeten ein Gästeminus von 46,2 Prozent allein im ersten Dreivierteljahr, es wurden Umsatzverluste in Milliardenhöhe geschrieben. Die Jahresbilanz dürfte noch düsterer ausfallen. Traurig ist vor allem, dass viele kleinere und mittlere Betriebe am Rande ihrer Existenz stehen – egal ob Wirtshäuser, Hotels oder Reisebüros. Zwar konnten die milliarden schweren Hilfen des Bundes die größte Not lindern. Was aber schmerzlich fehlte, waren ergänzende, maßgeschneiderte Hilfsprogramme seitens der Landesregierung, etwa um Förderlücken zu schließen.

Im Jahr 2021 muss es nun darum gehen, den Neustart des bayerischen Tourismus von politischer Seite mit Weitsicht zu begleiten. Dem nachhaltigen Reisen gehört die Zukunft. Dieser Bereich muss ganz dezidiert und engagiert gestärkt werden.

Wander- und Radurlaub, Ferien auf dem Bauernhof, kulinarische Reisen, individuelle Erlebnisse fernab der Touristenströme, Urlaub im eigenen Lande: Die Corona-Krise hat die Art zu Reisen teils verändert, teils auch Trends verstärkt. Darin liegen gerade für unsere Region große Potenziale, die es zu nutzen gilt. Denn auch der Spessart mit seinen jahrhundertealten Eichen und Buchen und seiner reichen Artenvielfalt sollte für sanfte Tourismusformen weiterentwickelt werden. Statt eines umstrittenen Eichenzentrums wäre ein Gesamtkonzept für den Spessart nötig, das die verschiedenen Interessen zusammenbringt und von allen mitgetragen wird.



Die Interessen von Einheimischen und Besuchern zu vereinen wird künftig wichtiger werden. „Overtourism“ ist schon jetzt in manchen Regionen ein echtes Problem. Digitale Besucherlenkungssysteme müssen daher schneller vorangebracht werden. Ganz wichtig für die Akzeptanz des Tourismus vor Ort ist aber auch, dass dessen Erfolge bei den Menschen vor Ort ankommen.

Der Tourismus ist nur eines der Themen, die uns 2021 beschäftigen werden. Dazu gehören vor allem auch: Klimawandel, Waldumbau, Pflegenotstand und Lehrer*innenmangel. Diese Herausforderungen müssen wir mit starkem Engagement und Weitblick angehen.

Herzlichst, Ihre/Eure

Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdB
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

1 | 2021

Volkmar Halbleib



Landtagsabgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen und Rhön-Grabfeld

NOCH KEIN STARTSCHUSS FÜR DAS MUSEUM FÜR FRANKEN

Liebe Leserinnen & Leser,

nach wie vor fehlen die Kosten- und Baufreigabe und ein belastbarer Zeitplan für das wichtige staatliche Kulturprojekt!

Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hat endlich die sogenannte Projektfreigabe für die Sanierung der Festung Marienberg erteilt und damit den Weg für weitere Planungen freigemacht. Ich hatte die langen Verzögerungen bei der Vorlage an den Haushaltsausschuss zuletzt noch stark kritisiert.

Es ist eigentlich eine tolle Nachricht, dass in den nächsten Jahren fast eine Viertel Milliarde Euro in die Festung Marienberg und das Museum für Franken fließen. Aber bei genauem Hinsehen werden die offenen Fragen mehr als deutlich. Leider kann man auch jetzt noch nicht von einem Startschuss für das Festungsprojekt sprechen. Denn weder wurde dem Landtag die entscheidende „Haushaltsunterlage Bau“ vorgelegt, noch wurde die haushaltsrechtliche Genehmigung der Gesamtkosten erteilt. Damit kann derzeit nur weitergeplant, aber nicht mit dem Bau begonnen werden.

Ich kann nicht nachvollziehen, dass nach so langer Planungszeit die Bau- und Kostenfreigabe immer noch nicht erfolgt. Ich kritisiere auch, dass die Staatsregierung keinen belastbaren Zeitplan für die Sanierung der

Festung und die Errichtung des Museums vorlegt. Entscheidend für den zeitlichen Fortschritt bei der Festungssanierung ist die Verlagerung des Staatsarchivs von der Festung an einen neuen Standort. Mit dem von der Staatsregierung favorisierten Neubau in Kitzingen ist nicht vor 2026 zu rechnen. Nachdem Interimsunterbringung offensichtlich nicht mehr Teil der Planungen der Staatsregierung ist, wird sich jede Verzögerung in Kitzingen auch auf das Würzburger Projekt auswirken. Leider wird diese Frage in der Vorlage an den Haushaltsausschuss nicht einmal erwähnt. Nach meiner Einschätzung ist damit eine Fertigstellung des Museums für Franken nicht vor 2031 zu erwarten.

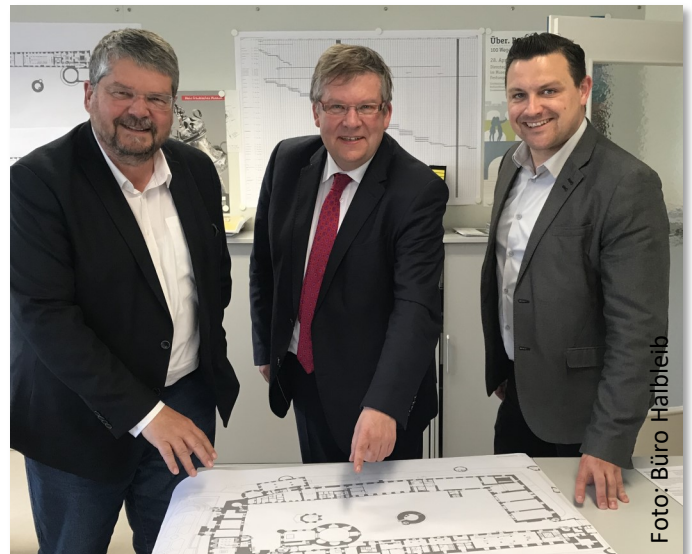


Foto: Büro Halbleib

Insgesamt kann ich mich des Eindrucks nicht verwehren, dass für die zögerliche Umsetzung des Projekts der massive Investitionstau im Staatshaushalt verantwortlich ist. Der Freistaat schiebt eine Bugwelle von etwa 650 dringenden Bauprojekten im Umfang von 12,5 Mrd. Euro allein im Bereich Wissenschaft und Kunst vor sich her.

Herzliche Grüße

Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Simmelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbuero-halbleib@t-online.de